



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 33. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. April 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende
Andrea Tschacher (CDU), in Vertretung von Hauke Göttsch
Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Uta Wentzel (CDU)
Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Eka von Kalben
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Kristina Herbst (CDU)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Austausch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu den möglichen Auswirkungen einer Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben auf Schleswig-Holstein.....	5
Antrag des Abgeordneten Rasmus Vöge (CDU) in der 32. Sitzung am 5. März 2025.....	
2. Bericht der Landtagspräsidentin zur Informationsreise des Ältestenrats in die baltischen Staaten.....	10
Vorschlag des Vorsitzenden.....	
3. a) Internationalisierung an der Europa-Universität Flensburg (EUF): Austausch mit der neuen Präsidentin der EUF.....	13
Vorschlag des Vorsitzenden.....	
b) Vertiefender Austausch mit dem trilateralen Promotionskolleg European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution an der Europa-Universität Flensburg.....	13
Fortsetzung der Beratung im Rahmen der 20. Sitzung vom 29. April 2024.....	
4. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten	15
Antrag der Fraktion der SPD.....	
Drucksache 20/2308.....	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP.....	
Drucksache 20/2364.....	
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	
Umdruck 20/3711.....	
5. Bericht aus dem Dialog Forum Norden (DFN) vom 31. März 2025.....	16
Berichterstattung: Birte Pauls (SPD).....	
6. Vorbereitung des Resolutionsentwurfs für das Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) vom 28.-30. September 2025 in Stettin.....	19
Vorschlag des Vorsitzenden.....	
7. Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022–2027) – Minderheitenbericht 2024.....	20
Bericht der Landesregierung.....	
Drucksache 20/2798.....	

8.	Information/Kenntnisnahme.....	21
9.	Verschiedenes.....	22

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Austausch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu den möglichen Auswirkungen einer Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben auf Schleswig-Holstein

Antrag des Abgeordneten Rasmus Vöge (CDU) in der 32. Sitzung am 5. März 2025

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) Niclas Herbst (CDU – EVP), Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Grünen/EFA) und Svenja Hahn (FDP – ALDE) leiten jeweils mit einem Eingangsstatement ein.

MdEP Herbst schickt seinen Ausführungen voraus, dass am 19. März 2025 das sogenannte White Paper oder Weißbuch zur Verteidigungspolitik der EU veröffentlicht worden sei. Das Dokument skizziere einen Richtungswechsel in der europäischen Sicherheitspolitik und biete eine umfassende Grundlage für die nun anstehenden Diskussionen. Das sei ein Schritt nach vorn.

Zum Thema Finanzierung von Verteidigungsausgaben betont MdEP Herbst, dass der europäische Verteidigungsfonds aktuell erheblich unterfinanziert sei. Im Jahresdurchschnitt gebe die EU derzeit weniger als zwei Milliarden Euro pro Jahr für Verteidigung aus. Eine EU-Initiative zur militärischen Mobilität sei mit einem Volumen von weniger als 500 Millionen Euro ebenfalls unterfinanziert. Der Bereich Verteidigung stelle im Haushalt der EU bislang insgesamt keinen nennenswerten Posten dar.

Mit ReArm Europe habe die Kommission nun ein neues Programm vorgelegt. Aktuell kursiere in Brüssel bezüglich des finanziellen Rahmens eine Zahl von 800 Milliarden Euro. Diese Summe sei geplant, schuldenfinanziert bereitzustellen. Sie werde voraussichtlich einerseits zu 650 Milliarden Euro aus einer möglichen Aktivierung privaten Kapitals über die europäische Investitionsbank generiert sowie gegebenenfalls über eine europäische Kapitalbankunion. Allerdings stelle das Programm auf diese Weise keine Gelder bereit, die unmittelbar fließen könnten.

Die EU-Kommission plane, 150 Milliarden Euro bereitzustellen, die unmittelbar abgerufen werden könnten. Es sei noch nicht ganz klar, wie diese Summe zu finanzieren sei. Die Kommissionspräsidentin von der Leyen habe angekündigt, die Finanzierung über Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu regeln. Gemäß dieser Regelung werde das Parlament nicht an dem Prozess beteiligt. Wie einst zur Finanzierung von Milliardensummen, die als Coronahilfen bereitgestellt worden waren, sei nun geplant, auf diesem Wege wahrscheinlich mittels weiterer Anleiheausgabe die besagten 150 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben innerhalb der EU aufzunehmen. Sie seien lediglich zur Vergabe als Darlehen vorgesehen und stellten eine Unterstützung für Staaten dar, die aufgrund einer schwachen Bonität ein schlechteres Rating als die EU als Institution aufwiesen.

Mit dem neuen Militär-Investitionsprogramm namens European Defence Industry Programme (EDIP) arbeite die EU daran, die Ausschreibungsbedingungen verbessern. Die EU-Kommission habe in diesem Zusammenhang ein sogenanntes Omnibus-Verfahren angekündigt. Mittels 1.0.4-Omnibus-Verfahren sei geplant, verschiedene Gesetze zusammenzufassen und in einem Zuge zu verändern. Zahlreiche Regulierungen auf EU-Ebene könnten für die Verteidigungswirtschaft gelockert oder aufgelöst werden. Davon könne die Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein profitieren, denn die Unternehmensstruktur hierzulande sei neben den Werften vor allem von mittelständischen Verteilungsunternehmen wie GABLER Naval Technology oder AUTOFLUG geprägt, die von Lockerungen der Berichtspflichten, Taxonomie-Regeln und Industrieemissionsrichtlinie sowie des Designrechts maßgeblich profitieren könnten.

MdEP Andresen unterstreicht in seinem Eingangsstatement mit Blick Richtung eines möglichen NATO-Gipfels im Sommer 2025, dass der aktuelle Spielraum der EU in Fragen der Verteidigungspolitik mit den genannten 150 Milliarden Euro kurzfristig sehr begrenzt sein werde, zumal diese Summe voraussichtlich schuldenfinanziert sei. Es handle sich bei ReArm Europe um ein Programm, das den Mitgliedstaaten unter bestimmten Konditionen Kredite zur Verfügung stelle. Hoch verschuldete EU-Staaten könnten wahrscheinlich kaum profitieren.

Die Lockerung der Schuldenbremse, die auf Bundesebene vor kurzem beschlossen worden sei, werde nicht durch das flankiert, was aktuell auf europäischer Ebene passiere. Es gebe dazu eine Analyse vom Bundesfinanzministerium, die klar feststelle, dass diese Einigung zur Lockerung der Schuldenbremse nicht zu den Regelungen passe, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt einhergingen. Eine Aussetzung der Fiskalregeln schaffe auf europäischer Ebene für die nächsten vier Jahre zwar kurzfristig Spielräume, gebe aber keine Antwort auf die

strukturelle Frage, wie ein gesteigerter Investitionsbedarf für Verteidigungsausgaben grundsätzlich zu decken sei, wie es auf Bundesebene mit der Einigung zur Lockerung der Schuldenbremse gelungen sei.

MdEP Andresen betont, dass es aus seiner Sicht zentral sei, nun durch gesetzgeberische Erleichterungen und finanzielle Beschlüsse sicherzustellen, dass kleinere Unternehmen abseits der großen Konzerne sowie Innovationen im Bereich der Wehrtechnik gefördert würden. Die entsprechenden Pakete seien noch nicht beschlossen; die Diskussion dazu laufe noch. Es werde für nachhaltige Lösungen wichtig sein, einen langfristigen europäischen Mehrwert zu generieren. Es sei zu vermeiden, dass Mitgliedstaaten den internationalen Markt an Rüstungsgütern leer kauften. Stattdessen sei gezielt zu fördern, dass aus der aktuellen Situation gemeinsame Aktivitäten entstünden, die langfristig zu einer erhöhten Wehrhaftigkeit und Wertschöpfung auch mittels einer Produktion von Rüstungsgütern innerhalb der EU beitrügen.

MdEP Hahn bewertet die geschilderten Aktivitäten im Bereich der Verteidigungspolitik auf EU-Ebene in ihrem Eingangsstatement ein. Vieles sei angekündigt, aber bislang kaum konkret umgesetzt worden. Als Parlamentarierin sehe sie es einerseits kritisch, dass viele der Initiativen am Europäischen Parlament vorbeigingen und auf Einigungen unter den Regierungschefs der europäischen Staaten abzielten, andererseits sehe sie aber die Notwendigkeit, schnell zu handeln. Langfristig sei so ein Vorgehen aber infrage zu stellen.

Die erneute Finanzierung hoher Summen aus Krediten halte sie vor allem deshalb für problematisch, weil die Gelder, die in der Zeit der Coronapandemie aufgenommen worden seien, noch zurückgezahlt werden müssten. Das werde bereits den nächsten Haushalt massiv belasten. Die Diskussion über dieses Dilemma finde derzeit nicht so offen statt, wie erforderlich. Es stehe eine ehrliche Debatte darüber an, wie in Europa künftig die finanziellen Prioritäten zu setzen seien. Das werde etwa insbesondere den Bereich der Kohäsionspolitik betreffen, in dem massive Einsparungen vorgesehen seien.

Das Weißbuch zur Verteidigungspolitik der EU lege den Fokus klar auf die weitere Unterstützung der Ukraine, so MdEP Hahn. Das Dokument nehme dabei auch sogenannte Fähigkeitslücken in den Blick. Der Begriff benenne die großen Unterschiede, die unter den europäischen Mitgliedstaaten in unterschiedlichen wehrtechnisch relevanten Bereichen bestünden, etwa bei der Luftraketenabwehr, Artillerie, Munition, aber auch bei Drohnen, militärischer Mobilität, KI sowie Cyberabwehr. Die kurzfristig bereitzustellenden Gelder müssten dazu genutzt werden,

schnellstmöglich definierte Fähigkeitsziele für die gesamte EU zu erreichen, um gemeinsame Aktivitäten und die Umsetzung einer geeinten Strategie überhaupt zu ermöglichen.

MdEP Hahn erklärt, dass sich die aktuelle Situation der Unsicherheit in Europa in einem wirtschaftlichen Wachstum durch entsprechende Investitionen in die Verteidigungsindustrie niederschlagen könne. Am transatlantischen Bündnis festzuhalten, sei zwar wichtig, aber angesichts der Tatsache, dass die USA sich als zunehmend unzuverlässiger Partner erwiesen und in der Lage seien, bereits verkaufte Waffen unwirksam zu machen, sei es zentral, dass die EU sich das Gesamtdesign bei Rüstungsgütern vorbehalte, die außerhalb der europäischen Union hergestellt würden. Angesichts der zunehmenden Unzuverlässigkeit der USA als Partner der EU sei es zudem an der Zeit, neue strategische Verteidigungs- und Rüstungspartnerschaften zu finden.

Antwortend auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Garg bestätigt MdEP Herbst, dass es Staaten in der EU gebe, die die Befürchtung, Russland könne sein expansives Streben auch auf Mitgliedstaaten der EU ausweiten, nicht teilen. Dies betreffe zum Beispiel Ungarn und Spanien. – MdEP Hahn betont in diesem Zusammenhang, dass es eine große Herausforderung für Kommissionspräsidentin von der Leyen darstellen werde, die Mitgliedstaaten der EU mit dem Ziel einer europäischen Verteidigungsunion zu einen. Angesichts der aktuellen Bedrängnis befinde sich die EU in einer existenziellen Krise.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering antwortet MdEP Andresen, dass der Haushaltsausschuss bis Ende April 2025 über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) abstimmen werde. – MdEP Herbst ergänzt dazu, dass in naher Zukunft 20 Prozent des Haushalts der EU auf die Tilgung der Schulden entfielen, die im Zuge der Coronapandemie entstanden seien.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Timmer antwortet MdEP Andresen, es werde einiges an Umsicht erfordern, durch Investitionen in Verteidigung einen dauerhaften europäischen Mehrwert zu schaffen, der auch dazu geeignet sei, jene Staaten von einer Stärkung der europäischen Wehrhaftigkeit zu überzeugen, die die Bedrohung der EU durch eine Ausweitung russischer Übergriffe aktuell infrage stellten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Vöge antwortet MdEP Andresen, es werde noch mindestens einige Monate – bis zu einem möglichen NATO-Gipfel im Sommer 2025 – dauern, bis die EU möglicherweise erste Aufträge an die Rüstungsindustrie vergeben könne. Die europäische

Kommission sehe vor, ihr Paket im Juli 2025 – mit Beginn der dänischen Ratspräsidentschaft – vorzustellen.

2. Bericht der Landtagspräsidentin zur Informationsreise des Ältestenrats in die baltischen Staaten

Vorschlag des Vorsitzenden

Die Landtagspräsidentin berichtet von der Informationsreise des Ältestenrats in die baltischen Staaten im März 2025. In der Gesamtschau habe die Reise viel Eindruck in zweierlei Hinsicht hinterlassen: Zum einen habe die Rundreise durch Estland, Lettland und Litauen klar gezeigt, wie viel Deutschland im Bereich Digitalisierung der Verwaltung sowie des Gesundheitssystems aufzuholen habe. Zum anderen hätten die Reisenden die gesamte Zeit über wahrgenommen, wie wachsam die baltischen Staaten das expansive Streben Russlands im Blick behielten und sich sowie ihre Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig bereits auf einen möglichen Angriff des mächtigen Nachbarn in den kommenden Jahren vorbereiteten.

Begonnen habe die Reise in Tallinn, der Hauptstadt Estlands. Das Land habe mit einer Bevölkerung von 1,4 Millionen Menschen deutlich weniger Einwohnerinnen und Einwohnern als Schleswig-Holstein. In Fragen der Digitalisierung sei es den hiesigen Verhältnissen meilenweit voraus. Die E-ID für alle estnischen Bürgerinnen und Bürger wurde unmittelbar mit der Unabhängigkeit Estlands eingeführt. Mittlerweile seien einhundert Prozent der Verwaltungsleistungen online abzuwickeln. Auch im Bereich E-Health würden in der Regel sämtliche Gesundheitsdaten öffentlich gestellt. Das sei insbesondere relevant für eine optimale Qualität der Versorgung im Notfall. Die DSGVO gelte auch in Estland, doch werde dort selbstverständlicher und dem Thema Datensicherheit umgegangen. Bei den eigenen Gesundheitsdaten könne man grundsätzlich einsehen, wer auf die Daten zugegriffen habe. Die Software von X-Road Sorge für Datensicherheit. Mit diesem Softwareanbieter habe die Landesregierung ebenfalls einen Vertrag geschlossen.

Zum Thema Wehrpflicht ergänzt Präsidentin Herbst, dass Estland eines der wenigen Länder in Europa sei, die ihre Wertpflichtlinie nie ausgesetzt hätten.

Lettland, das 1,87 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählt, könne seinen Bürgerinnen und Bürgern bereits rund 95 Prozent der Verwaltungsleistungen online anbieten. Eine Besonderheit stelle die E-Saiema-Plattform dar, die es ermögliche, den Parlamentsablauf – ausschließlich in Notlagen – autark und sicher digital abzubilden.

Lettland habe ebenfalls schon im Jahr 2024 einer mit allgemeinen Wertpflicht auf die Situation geopolitischer Bedrohung nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine reagiert.

In Litauen – dem größten der drei baltischen Staaten mit 2,63 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – habe die sicherheitspolitische Lage am stärksten im Fokus der Gespräche gestanden. Aufgrund der direkten geografischen Nachbarschaft mit Russland sei die Stimmung dort besonders angespannt. Es sei mehrfach der Appell an Deutschland ergangen, in Europa eine Führungsrolle zu übernehmen.

Zur Wehrpflicht führt Präsidentin Herbst aus, Litauen habe im Oktober 2024 beschlossen, dass eine Wertpflicht wiedereingeführt werde und die erforderlichen Schritte rasch umgesetzt.

Da die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit erst in den 1990er-Jahren infolge der Revolution in der Sowjetunion errungen hatten, herrsche im gesamten Baltikum ein anderes Verständnis dafür, wie sich die sicherheitspolitische Situation seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine verändert habe. Bedrückende Geschichten aus der Zeit, als die Region Bestandteil der Sowjetunion gewesen sei, seien auch heute noch in jeder Familie sehr präsent. Das habe ein Besuch des KGB-Museums in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, den Reisenden eindrücklich vor Augen geführt.

Präsidentin Herbst nimmt Bezug auf einen Artikel aus den Kieler Nachrichten, der in der aktuellen Ausgabe erschienen sei. Dieser mahne eine weniger bedrohliche Ausdrucksweise in Bezug auf die aktuellen geopolitischen Herausforderungen – insbesondere bezüglich des russischen Angriffs auf die Ukraine – an. Dieser Kritik widerspricht die Landtagspräsidentin. Es bedürfe ihrer Überzeugung nach einer unaufgeregten und doch klaren Kommunikation, um in der Bevölkerung eine innere Haltung der Verteidigungsbereitschaft zu fördern, die der im Baltikum herrschenden ähnlich sei. – Dazu kommentiert Abgeordneter Dr. Garg und bekräftigt die Aussagen der Landtagspräsidentin. Der besagte Artikel aus den Kieler Nachrichten, der die aktuelle politische Debatte als angstschürend kritisiere, sei fehlgeleitet. Deutschland und die EU seien mit rasanten Veränderungen konfrontiert. Um in dieser Situation bestehen zu können, sei es entscheidend, der Bevölkerung den Ernst der Lage vor Augen zu führen.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage der Abgeordneten Balke und Vöge zur Erwartungshaltung der baltischen Staaten gegenüber Deutschland als Mitglied der EU und der NATO antwortet

Präsidentin Herbst, dass diese ganz klar erwarteten, dass Deutschland wieder eine Führungsrolle in Europa einnehme. Dies sei in den letzten Jahren nicht gelungen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Rasmus Vöge zu einer möglichen Parlamentspartnerschaft oder einem Bürgermeisteraustausch zwischen baltischen Staaten und Schleswig-Holstein, signalisiert Landtagspräsidentin Herbst, für entsprechende Ansinnen offen zu sein.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering bestätigt Landtagspräsidentin Herbst, dass es eines Bewusstseins in der hiesigen Bevölkerung bedürfe, wie real die Gefahr eines russischen Angriffs auf einen NATO-Mitgliedstaat im Baltikum sei. Ziel eines solchen Bewusstseins sei es nicht, in lähmende Angst zu verfallen, sondern klare Regelungen für Krisenfälle – etwa zur Bevorratung der Bürgerinnen und Bürger – zu treffen und diese zu befolgen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer zur E-ID erklärt die Landtagspräsidentin, dass darin die Signatur, also die Unterschriftfunktion, integriert sei. Das sei der entscheidende Unterschied zu dem hierzulande verfügbaren digitalen Ausweis. Präsidentin Herbst betont in diesem Zusammenhang, dass eine Initiative auf Bundesebene erforderlich sei, um in diesem Bereich voran zu kommen.

**3. a) Internationalisierung an der Europa-Universität Flensburg (EUF):
Austausch mit der neuen Präsidentin der EUF**

Vorschlag des Vorsitzenden

**b) Vertiefender Austausch mit dem trilateralen Promotionskolleg
European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Reso-
lution an der Europa-Universität Flensburg**

Fortsetzung der Beratung im Rahmen der 20. Sitzung vom 29. April
2024

Die Professorin und Präsidentin der EUF, Frau Dr. Hipp, stellt sich vor und berichtet über ihre Vision der Entwicklung der Hochschule (Umdruck 20/4654).

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Krüger hin bestätigt Frau Dr. Hipp, dass es nach wie vor schwierig sei, Kooperationen mit Dänemark auf der Grundlage des Austauschprogramms Erasmus zu schließen. Mit der Syddansk Universitet (SDU) bestehe eine erprobte Partnerschaft im Bereich des Studierendenaustauschs. Der Schwerpunkt liege aktuell auf der Ausschöpfung und Konsolidierung bestehender Partnerschaften. Viele Studierende der Europauniversität brächten erfahrungsgemäß ein Interesse an nordischen Gesellschaften mit. Die baltischen Staaten könnten in diesem Zusammenhang mögliche neu zu erschließende Länder für einen Austausch Studierender dieser Hochschule sein. – Herr Dr. Wüstenberg, Direktor des trilateralen Promotionskollegs European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution an der Europa-Universität Flensburg, ergänzt dazu, dass es eine jahrelang erprobte wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Universität Cambridge gebe. Im Rahmen dieser Partnerschaft sei es seit rund sieben Jahren möglich, Studierende für ein Semester nach Cambridge zu schicken.

Auf eine Frage der Abgeordneten Wentzel beziffert Frau Bischoff-Parker, Mitarbeitende des Promotionskollegs, die Anzahl der aus dem Ausland stammenden Studierenden auf etwa 480 Personen. Die Anzahl der aus dem Ausland stammenden Forschenden kündigt Frau Dr. Hipp an, nachzuliefern.

Auf eine Rückfrage des Abgeordneten Timmer bestätigt Frau Dr. Hipp, dass es zunehmend herausfordernd sei, Forschungsgelder einzuwerben. Dies gelte insbesondere für die Forschung sozial- und gesellschaftswissenschaftlicher Prägung, wie sie etwa an der Europauniversität betrieben werde. Zudem bestehe seitens des Landes großer Druck, Einsparungen vorzunehmen. Diese Situation stelle aktuell eine Zerreißprobe für die Europauniversität dar. –

Herr Dr. Wüstenberg weist auf das strukturelle Problem hin, dass oftmals Forschungsprojekte, in die bereits viele Ressourcen geflossen seien, wieder eingestellt würden, nachdem das eingeworbene Geld aufgebraucht sei, weil das Land die langfristige Finanzierung nicht unterstütze. Gehe es darum, Forschung nachhaltig zu betreiben, sei neben dem Bund das Land gefragt, appelliert Herr Dr. Wüstenberg eindringlich an die Ausschussmitglieder.

Es folgt eine Vorstellung des Wasatia Graduiertenkollegs an der EUF durch dessen Leitung ([Umdruck 20/4653](#)).

4. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und an den Europaausschuss)

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3711](#)

hierzu: [Umdrucke 20/4272](#), [20/4443](#), [20/4461](#), [20/4477](#), [20/4503](#),
[20/4525](#)

Der Europaausschuss beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, und nimmt in Aussicht, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu einen.

5. Bericht aus dem Dialog Forum Norden (DFN) vom 31. März 2025

Berichterstattung: Birte Pauls (SPD)

Die Abgeordnete Pauls berichtet aus der vergangenen Sitzung des DFN. Sie schickt ihren Ausführungen voraus, dass sich das Forum vor allem aus allen Vertreterinnen und Vertretern der Verbände, die sich für Minderheitenarbeiten einsetzen, sowie aus Akteuren der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zusammensetze. Außerdem seien das Akademiezentrum Sankelmark sowie das European Centre for Minority Issues (ECMI) und die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) dort vertreten. Vorsitzender sei der Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, Herr Callsen.

Abgeordnete Pauls berichtet, dass das Cross-Border-Panel zur Aufhebung von Mobilitätshindernissen seine Arbeit aufgenommen habe. Hauptansprechpartner sei das Regionkontor im dänischen Padburg. Dort sei auch die sehr bürgernahe Internetseite angebunden, auf der Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen seien, Meldung zu machen, wo es Probleme gebe. Das Regionkontor habe verlauten lassen, dass die Bürgerprojekte gut liefen.

In Dänemark stünden aktuell zahlreiche Veränderungen an: Die Briefzustellung per Post werde eingestellt, obwohl nachweislich 19 Prozent der dänischen Bevölkerung nicht digital unterwegs seien. Im Herbst stünden Kommunalwahlen an. Zudem seien einige größere Reformen auf dänischer Seite im Gange, unter anderem eine Gesundheitsreform, die nicht nur die Gesundheitsversorgung in Dänemark betreffe, sondern künftig für Probleme bei Interreg-Programmen sowie in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sorgen könne. Nach einigen Appellen aus der Grenzregion an das Folketing, dies bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen, kämen positive Signale aus Kopenhagen. Ein entsprechende Gesetzentwurf werde im Oktober 2025 erwartet.

Am 26. Mai 2025 werde die dänische Europaministerin Flensburg besuchen. Generalkonsulin Annette Lind sei für das Programm verantwortlich. Sie habe in den vergangenen Wochen viele Veranstaltungen zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit organisiert und das Thema der grenzüberschreitenden Berufsausbildung in den Blick genommen. Abgeordnete Pauls appelliert an die Ausschussmitglieder, in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Informationen aus der Anhörung zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung möglichst einen interfraktionellen Antrag zu einen.

Im Bereich der Minderheitenpolitik zu den Friesen stünden zwei große Jubiläen an. Zum einen seien 100 Jahre Friesenkongresse zu feiern, zum anderen finde am 17. Juni 2026 das Jubiläum zu 600 Jahren Friesenrecht, auch Hagenrecht genannt, statt. Das werde groß gefeiert und gewürdigt. Zudem sei das digitale Wörterbuch Friesisch erschienen, wie der Presse zu entnehmen gewesen sei.

Das Forum der Europäischen Minderheitenregionen 2025 stehe bevor. Der Kongress werde vom 26. bis 28. Juni 2025 in Novi Sad/Újvidék in Serbien stattfinden, um gemeinsam über das Thema „Der Mehrwert von Minderheiten in Grenzregionen“ zu diskutieren. Dort träten ein Vertreter der deutschen und ein Vertreter der dänischen Minderheit gegeneinander an, nämlich Gösta Toft, der als jetziger Präsident erneut antrete, sowie Jens A. Christiansen, aktuell Generalsekretär der dänischen Minderheit, der ebenfalls für das Amt des Präsidenten kandidiere.

Auf europäischer Ebene werde vor der Sommerpause das Gerichtsurteil zur Minority-Safe-Pack-Initiative erwartet. Jörn Kühl und Martin Klatt von der Europa-Universität Flensburg erarbeiteten aktuell gemeinsam ein Handbuch zum Thema Minderheiten in Deutschland. In diesem Zusammenhang sei zur Sprache gekommen, dass zwei Volksgruppen einen Antrag auf Anerkennung als nationale Minderheiten gestellt hätten, nämlich die Polen sowie die Jenen im südwestlichen Deutschland.

Sowohl die dänische Minderheit als auch die deutsche Minderheit beobachteten gespannt, wie der anstehende Koalitionsvertrag auf Bundesebene ausfallen werde. Hinter den Kulissen hätten alle schleswig-holsteinischen Fraktionen ihre verhandlungsführenden Abgeordneten noch einmal auf die Bedeutung der Minderheiten und der Minderheitenförderung vor allen Dingen in Schleswig-Holstein, aber auch bundesweit, hingewiesen.

In diesem Zusammenhang habe die deutsche Minderheit erneut darauf hingewiesen, dass Deutsch weiterhin keine Amtssprache in Dänemark sei. Das Folketing werde in diesem Zusammenhang regelmäßig kontaktiert. Dort liege seit fünf Jahren ein entsprechendes Schreiben vor. Eine Antwort gebe es nach wie vor nicht. Deshalb habe DFN-Vorsitzender Callsen einen diplomatischen Text an das Folketing verfasst, der vom Gremium abgesegnet worden sei, um noch einmal auf die Wichtigkeit der Sprache sowie die Charta der Regional- und Minderheitensprachen hinzuweisen, die Dänemark ebenfalls ratifiziert habe.

Zwei der vier Akademien am Akademiezentrum in Sankelmark hätten neue Vorsitzende: An der Akademia Baltica sei dies Frau Kötschau, eine ehemalige Kollegin aus dem Landtag und ausgewiesene Kennerin des Baltikums, an der Europäische Akademie habe Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack den Vorsitz übernommen.

Im Minderheitenkompetenzzentrum in Sankelmark sei mit einem sogenannten Minderheitenlabrynth eine Art Escape-Room eingerichtet worden, der bereits Gegenstand der Berichterstattung durch das Schleswig-Holstein-Magazin im NDR geworden sei.

Abschließend kündigt Abgeordnete Pauls an, dass am 13. Juni 2025 in Flensburg das Sommerfest des Grenzverbunds der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) stattfinden werde. Am 21. Juni 2025 werde zudem – wie jedes Jahr – das Knivsbergfest in Rødekro stattfinden. Es sei geplant, dass der FC Landtag bei dem Sportfest zum Einsatz komme.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, sich künftig regelmäßig aus dem DFN berichten zu lassen.

**6. Vorbereitung des Resolutionsentwurfs für das Parlamentsforum
Südliche Ostsee (PSO) vom 28.-30. September 2025 in Stettin**

Vorschlag des Vorsitzenden

Der Vorsitzende und das Europareferat des Landtags informieren zum Stand des Verfahrens.

7. Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022–2027) – Minderheitenbericht 2024

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/2798](#)

(überwiesen am 27. März 2025 zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen. Anzuhörende sind bis zum bis 30. April 2025 zu benennen.

8. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/4551](#): Beantwortung des Fragenkatalogs der Arbeitsgruppe der BSPC zu den Themen Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität

[Umdruck 20/4556](#): Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2025

[Umdruck 20/4573](#): Bericht zum Umsetzungsstand der Resolution des 20. PSO

[Unterrichtung 20/237](#): Vertrag über die Förderung und Finanzierung der deutschen Minderheit und ihrer Aufgaben in Dänemark 2025–2028

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Abgeordneter Krüger berichtet kurz von seiner Teilnahme als Vorsitzender an einem Workshop der Landesvertretung in Berlin zu „StateParl.de“.

Bezüglich der Fehmarnbelt Days 2025 ruft der Vorsitzende die Ausschussmitglieder auf, sich aktiv einzubringen und diesen Appell auch in die Fraktionen zu tragen.

Der Ausschuss kommt überein, in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt „Beschluss einer Informationsreise nach Brüssel 2026“ vorzusehen. Die Ausschussgeschäftsführung bereitet Terminvorschläge vor.

Der Vorsitzende signalisiert, falls die gemeinsame Informationsreise nach Lettland im avisierten Zeitraum im Herbst 2025 für den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss nicht infrage komme, eine erneute Verschiebung zu erwägen.

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Abgeordneten Pauls überein, sich zeitnah über die geplanten Schwerpunkte der dänischen EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2025 berichten zu lassen.

Abgeordnete Pauls weist auf eine Veranstaltung des Forums Nordeuropäische Politik zum Thema Grönland am 9. April 2025 hin und schlägt vor, anlässlich der aktuellen Debatte die Beratung zum SSW-Antrag „Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten“, [Drucksache 20/1169](#), fortzusetzen.

Auf Antrag des Abgeordneten Vöge kommt der Ausschuss überein, zu dem am 1. Oktober 2025 geplanten Gespräch über die Finnlandbeziehungen der Gemeinde Hohenlokstedt neben deren Bürgermeister auch den Honorarkonsul der Republik Finnland, Herrn Jorkisch, einzuladen.

Der Vorsitzende kündigt an, die Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretärin Gerken, im Verlauf des Jahres 2025 erneut in den Ausschuss einzuladen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäftsführung und Protokollführerin